

**Geschäftsführung  
Ausschuss für Wirtschaft,  
Stadtentwicklung und  
Stadtmarketing**

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 66 97
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Petra.Passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	18.10.06

---

## **Niederschrift**

**über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing  
(SI/4438/06) am 18.10.2006**

**Anwesend sind:**

### **Vorsitz**

Herr Jürgen Hardt,

### **von der CDU-Fraktion**

Herr Ralf Geisendörfer, Frau Dorothea Glauner, Herr Horst Hombrecher, Herr Karl-Heinz Huthwelker, Herr Michael Müller,

### **von der SPD-Fraktion**

Herr Karlheinz Emmert, Herr Klaus Jürgen Reese, Herr Oliver Siegfried Wagner, Herr Oliver Zier,

### **von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Lorenz Bahr,

### **von der FDP-Fraktion**

Herr Jürgen Henke,

### **von der WfW-Fraktion**

Herr Detlef Schmitz,

### **berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW**

Herr Reinhard Granitzki,

**als sachkundige Einwohner/in**

Herr Heinz-Willi Riedesel-Küper (EHV), Herr Hugo Benten Sattler (IHK), Herr Heiko Schütt (RVDL),

**von der Verwaltung**

Herr Oberbürgermeister Jung, Frau Renate Galvagni (R 105), Frau Heike Hellkötter (R 105), Herr Claus-Jürgen Kaminski (R 401), Herr Ulrich Kronenberg (Büro OB), Herr Michael Walde (R 101), Herr Holger Wanzke (R 102), Herr Wirtz (R 105),

**als Gast**

Herr Dr. Volmerig (WiBeFö), Herr Georg-Eicke Dalchow (EHV),

**Presse**

Herr Seitz (Wuppertaler Rundschau),  
Herr Lukesch (WZ),

**Schriftführerin**

Frau Petra Paßmann .

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

---

### 0 Zur Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Stv. Hardt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

- - -

Die Tagesordnungspunkte 9.1 und 9.2 werden nach entsprechendem Signal der anfragenden Fraktion einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr Stv. Hardt weist auf die ausgelegten Tischvorlagen hin:

- Schreiben des Oberbürgermeisters zum Thema „Szenarien Stadtentwicklung“,
- Matrix zu TOP 2. „EU-Förderung“
- Antrag FDP „Sicherung des Geländes der GOH-Kaserne“ (VO/0933/06)

Es wird beschlossen, den Antrag der FDP-Fraktion als neuen TOP 9. zu beraten.

---

### 1 Information des Gutachterausschusses zu Geschäftsmieten und Passantenfrequenz

Herr Wanzke informiert ausführlich über die Erhebung des Gutachterausschusses zu den Ladenmieten in den Innenstädten bzw. über die Erkenntnisse zur Passantenfrequenz (die Ausschuss-Mitglieder erhalten die Präsentation als Anlage zum Protokoll).

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Hombrecher erklärt er, dass den Fraktionen jeweils eine Broschüre zur Verfügung gestellt wurde.

Zur Anregung von Herrn Stv. Henke hinsichtlich eines Vergleiches mit anderen Städten weist Herr Wanzke auf eine in Kürze vorliegende Publikation des Büros Kemper hin. Die Erkenntnisse hieraus wird 102 kurz für den Gutachterausschuss zusammenfassen und an den Ausschuss Wirtschaft, Stadtentwicklung und –marketing versenden.

Er beantwortet darüber hinaus eine Frage von Herrn Stv. Huthwelker nach den Zähltagen.

Für die IHK wertet Herr Sattler den Nutzen der Erhebung als sehr positiv und unterstützt das geplante weitere Vorgehen ausdrücklich.

Zusammenfassend für den Ausschuss möchte Herr Stv. Hardt seinen Dank für die sehr informative Präsentation aussprechen.

Der Ausschuss nimmt die Informationen ohne Beschluss entgegen.

---

## 2 Sachstand EU-Förderung

Herr Dr. Volmerig stellt den aktuellen Sachstand „EU-Förderung“ dar. Eine entsprechende Matrix ist als Tischvorlage ausgelegt.

Er informiert insbesondere über Strategie, Projektideen und Umsetzungsmöglichkeiten für das Bergische Städtedreieck. Für die nachfolgend genannten Themenbereiche hat der Projektpartner Wuppertal die Federführung übernommen:

- „Center of Excellence“ für innovative Gründungen
- Pilotregion „Automotive Active Safety“/Anwendungszentrum NRW
- Themenpark Energie
- Soziale Stadt
- Nordbahntrasse

Bis Jahresende 2007 ist vorgesehen, diese Projekte zu beantragen.

Die einzelnen Themen befinden sich in unterschiedlichen Konkretisierungsgraden und dies auch bezogen auf die Finanzierung. Bei allen Projekten wird eine öffentliche oder private Ko-Finanzierung erforderlich sein.

Mit Blick auf den Zeitplan bittet er in diesem Zusammenhang, Ideen aus dem politischen Umfeld innerhalb der kommenden sechs Wochen einzusteuern.

Der Vorsitzende Stv. Hardt dankt für die Darstellung und die vorbereitenden Arbeiten. Er fordert WiBeFö und Verwaltung auf, die neuen Möglichkeiten der Ziel-2-Förderung für die EU-Förderperiode 2007 – 2013 entschlossen zu nutzen und den Ausschuss regelmäßig zu informieren.

Herr BM Bahr geht auf die von allen Fraktionen unterstützte Initiative „Nordbahntrasse“ und ein mögliches Sponsoring ein und kann sich vorstellen, dieses Thema mit der Projektidee Lüntenbeck zu verknüpfen. Die „Umwelt“-Themen können seiner Meinung nach möglicherweise mit dem „Center of Excellence“ verknüpft werden.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen ohne Beschluss entgegen.

---

### 3.1 Regionales Einzelhandelskonzept für das Bergische Städtedreieck Vorlage: VO/0915/06

Es besteht Einvernehmen, die TOP 3.1 und 3.2 gemeinsam zu beraten.

Für die CDU-Fraktion empfiehlt Herr Stv. Hombrecher, den Beschlussvorschlägen zu folgen. Mit dem gemeinsamen Rahmenantrag soll die Position Wuppertals innerhalb des regionalen Konzeptes verdeutlicht werden.

Herr Sattler führt aus, dass die IHK den Vorschlag der Verwaltung vollinhaltlich unterstützt, dagegen den Rahmenantrag als wenig zielführend beurteilt. Er bittet daher um Zustimmung zur VO/0915/06.

Dieser Einschätzung schließen sich die Herren Dalchow und Riedesel uneingeschränkt an.

Herr Stv. Henke begrüßt das Regionale Einzelhandelskonzept gerade als Grundlage für ein städtisches Konzept. Dem Rahmenantrag kann er ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Stv. Reese hält das Regionale Einzelhandelskonzept für notwendig, sieht aber in der Vorlage auch Widersprüche beispielsweise hinsichtlich der Aussagen zu Kaufkraftverflechtung und der Abstimmungserfordernisse. Der Rahmenantrag soll klarstellen, dass entsprechende Abstimmungen auf der Grundlage der entsprechenden landesplanerischen Vorgaben erfolgen.

Herr BM Bahr sieht in der in dem Konzept definierten Zentrenstruktur die Chance, einer völligen „Zersiedlung“ entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang erinnert er an das in der Vergangenheit geforderte Konzept für den Innenstadtbereich Barmen.

Herr Stv. Hardt möchte mit dem Rahmenantrag die kommunale Planungshoheit unterstrichen wissen. Trotz des Regionalen Einzelhandelskonzeptes bleibt der Rat der Stadt Wuppertal voll verantwortlich für dynamische Weiterentwicklungsmöglichkeiten für den Einzelhandel in der Stadt.

Herr Walde bestätigt die Vermutung Herrn Riedesels, dass das Wuppertaler Einzelhandelskonzept bisher nicht verabschiedet wurde. Insofern konnte ein politisch legitimes Konzept nicht eingebracht werden, gleichwohl hat sich die Verwaltung im Abstimmungsprozess auf die dem Entwurf zugrunde liegenden Erkenntnisse gestützt. Ein Nachteil war das nicht.

Entscheidend ist die Tatsache, dass dem Regionalen Einzelhandelskonzept eine wesentliche auch in die kommunale Politik durchschlagende Prämisse zugrundeliegt, die durch aktuelle landesplanerische Vorgaben stärker akzentuiert wird: danach haben sich bestimmte Einzelhandelsentwicklungen an einer Zentrenstruktur zu orientieren. Daran fest macht sich die Aussage des Landes zu einer Planungspflicht der Gemeinden bei Erkennen einer Fehlentwicklung in alten Bebauungsplänen. Die entscheidet sich aber nicht abstrakt sondern vor dem Hintergrund konkreter Erkenntnisse.

Wird diese Prämisse kommunalpolitisch akzeptiert, muss der zuvor andiskutierte zweite Schritt „kommunales Einzelhandelskonzept“ nicht zwingend folgen. Im Interesse Wuppertals liegt aber eine räumliche Konkretisierung der Teile der Zentrenstruktur, die im regionalen Konzept nicht konkretisiert sind (zum Beispiel über eine grundstücks„scharfe“ Definition der Grundversorgungszentren).

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Henke stellt Herr Walde klar, dass durch die veränderte Rechtslage die Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche geprüft werden müssen. Gelingt es der Gemeinde, Versorgungsbereiche unterhalb der im regionalen Konzept festgelegten Ebene zu schaffen, dann ist auch eine Bauordnung gut „aufgestellt“.

Fachlich zeigt er sich überzeugt, dass darauf aufbauend eine vernünftige – auch die zentren- und nebenzentrenstärkende – kommunale Einzelhandelspolitik betrieben werden kann.

Die Aussagen zur regionalen Kaufkraftverflechtung sieht er als Indikator dafür, dass sich die Städte in der Präsentation nach außen nur im Dreiklang stärken können und müssen. Die Schlussfolgerungen für die kommunale Ebene sind im Konzept abgebildet bzw. angedeutet. Konkret bedeutet dies beispielsweise für die Hauptzentren, nicht nur innerkommunal sondern auch übergreifend wahrnehmbare Aufgaben anzusiedeln. Hier sieht er auch die Chancen der Politik zum

Beispiel über eine Festlegung besonderer - das innerstädtische Angebot ergänzende - Sortimentstrukturen Akzente auch für Dritte zu schaffen.

Zuletzt möchte er darauf hinweisen, dass seiner Einschätzung nach das Tagesgeschäft durch die vereinbarten Prozesse und die frühzeitige Abstimmung erleichtert und mit dem Regionalen Einzelhandelskonzept eine verlässliche Grundlage geschaffen wird.

Für Herrn Stv. Reese steht die Zentrenstruktur nicht in Frage. Der Rahmenantrag soll aber verdeutlichen, dass es auch künftig kommunalplanungshoheitliche Vorhaben geben kann, die im „normalen“ Abstimmungsverfahren abgeklärt werden müssen.

Nach dem Dafürhalten Herrn Dalchows hat auch die gestrige Veranstaltung die Notwendigkeit einer Handlungsempfehlung in Form eines kommunalen Einzelhandelskonzeptes deutlich gemacht.

Herr Oberbürgermeister Jung hält es über das Thema hinaus für sehr positiv, dass es den drei Städten gelungen ist, etwas gemeinsam auf den „Weg“ zu bringen. Er sieht darin ein positives Zeichen gemeinschaftlichen partnerschaftlichen Handelns mit einem Signal auch nach außen.

- - -

Zu den Überlegungen hinsichtlich eines FOC am Standort Wicküler-Park informiert Herr Oberbürgermeister Jung, dass sich entsprechende Planungen als unverträglich sowohl mit der Landes- als auch der eigenen Planung erwiesen haben.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 18.10.2006:

1. Die Stadt Wuppertal beschließt das Regionale Einzelhandelskonzept Bergisches Städtedreieck als gemeinsame inhaltliche Grundlage zur Steuerung großflächiger Einzelhandelsprojekte.
2. Die Bauleitplanung zur Steuerung der Flächen von Einzelhandelsansiedlungen wird an den Kriterien des Regionalen Einzelhandelskonzeptes ausgerichtet.  
„Alte“ Bebauungspläne sollen anlassbezogen auf die aktuelle BauNVO umgestellt werden.

Einstimmigkeit

---

**3.2 Gemeinsamer Rahmenantrag der Fraktionen von CDU und SPD zum Regionalen Einzelhandelskonzept  
Vorlage: VO/0968/06**

Diskussion siehe TOP 3.1.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 18.10.2006:

1. Der Rat der Stadt Wuppertal bekräftigt die bestehende Hierarchie der innerstädtischen Zentrenstruktur als Grundlage für die künftige Stadtentwicklung (entsprechend dem Antrag der CDU-Ratsfraktion vom

- 30.4.2001 und dem Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 6.6.2001).
2. Das regionale Einzelhandelskonzept stellt die Institutionalisierung des nach geltender Rechtslage vorgeschriebenen regionalen Beteiligungsverfahrens bei großflächigem Einzelhandel dar.
  3. Die kommunale Planungshoheit bleibt davon unberührt.
  4. Vorhaben, die außerhalb der im regionalen Einzelhandelskonzept dargestellten Zentrenstruktur – einschließlich der Ergänzungsstandorte für großflächigen Einzelhandel – realisiert werden sollen, durchlaufen das bisher übliche formelle Beteiligungs- und Abstimmungsverfahren.
  5. In Bezug auf Vorhaben der Nahversorgung bleibt es bei dem bisherigen Prüfungs- und Genehmigungsverfahren.
  6. Nach einem Jahr ist auf Grundlage eines Erfahrungsberichtes eine Erfolgskontrolle vorzunehmen und möglicherweise eine Modifizierung des regionalen Einzelhandelskonzeptes zu beschließen.

Stimmenmehrheit (bei drei Gegenstimmen der FDP-Fraktion, der WfW-Fraktion und der Fraktion B 90/GRÜNE)

---

**4 Citymanagement**  
**Vorlage: VO/0952/06**

Herr Stv. Schmitz begründet den Antrag seiner Fraktion, die durch einen City-Manager die städtischen Aktivitäten besser koordiniert sieht.

Herr Stv. Müller sieht keine finanziellen und zeitlichen Spielräume in der Verwaltung, jetzt abermals ein solches Konzept zu verfolgen, das bereits mehrfach diskutiert und verworfen wurde.

Herr Oberbürgermeister Jung und Herr Stv. Reese können unter Hinweis auf die WiBeFö und die WMG keine Notwendigkeit für weitere Institutionen erkennen.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 18.10.2006:

Der Antrag der WfW-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Ablehnung des Antrages mit Stimmenmehrheit (bei einer Stimme der WfW-Fraktion für den Antrag und einer Enthaltung der Fraktion B 90/GRÜNE)

---

**5.1 Wirtschaftsstandort Wuppertal stärken - Unternehmensfreundliche Stadt**  
**Gemeinsamer Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.03.2006**  
**Vorlage: VO/0349/06**

Beratung siehe TOP 5.2

Antrag gilt als in der Sache erledigt.

Einstimmigkeit

---

**5.2 Neue kommunale Vergabegrundsätze und unternehmensfreundliche Stadt Wuppertal**

---

**Vorlage: VO/0930/06**

Herr Stv. Hombrecher begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung und geht davon aus, dass bis zur Sommerpause 2007 ein Umsetzungsbericht vorgelegt wird.

Herr BM Bahr zeigt sich erfreut, dass die Verwaltung die Initiative ergriffen hat. Nachvollziehen kann er die Bedenken hinsichtlich eines „Kümmerers“. Bezogen auf eine Erhöhung der Wertgrenzen warnt auch er vor den skizzierten Problemen wie Korruption und regt in diesem Zusammenhang die Rotation von Mitarbeitern an.

Aufgrund eines Schreibens des BDA mit Hinweis auf Probleme bei der Projekt-  
abwicklung bittet er, diesem Problem nachzugehen.

Herr Oberbürgermeister Jung erklärt, dass die Verwaltung bereits aufgrund der geänderten Landesregelung in die Gesamthematik eingestiegen ist. Er macht deutlich, dass eine veränderte Vergabepaxis durch ein mit der Rechtsabteilung und dem RPA abgestimmtes Regelwerk zu begleiten sein wird. Die Vorlage stellt klar, dass die Stadt eine gute Zahlungsmoral aufweist. Es gibt aber mit Mängeln behaftete erbrachte Leistungen, die in einem Umfang von rund 10 % der Fälle zu nachvollziehbaren verzögerten Leistungen führen. Selbst in diesen Fällen aber gewährt die Stadt Abschlagszahlungen.

Bezogen auf das Anliegen des BDA sucht die Verwaltung den Dialog und hat bereits durch das Büro des Oberbürgermeisters einen „Runden Tisch“ initiiert.

Herr Stv. Reese und Herr Stv. Hombrecher bewerten die Grundaussage der Vorlage positiv und unterstützen das geplante Vorgehen der Verwaltung.

Der Bericht der Verwaltung zu den Konsequenzen aus den neuen kommunalen Vergabegrundsätzen sowie zum Antrag von FDP und B90/Die Grünen Drs. VO/0349/06 wird ohne Beschluss entgegengenommen.

Der Ausschuss erwartet bis zur Sommerpause 2007 die Vorlage eines Umsetzungsberichtes.

---

**6 Neufassung der Stellplatzablösungssatzung  
Vorlage: VO/0844/06**

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 18.10.2006:

Es wird empfohlen, die Neufassung der Stellplatzablösungssatzung gemäß Anlage 03 zu beschließen.

Einstimmigkeit (bei einer Enthaltung der WfW-Fraktion).

---

**7 Arbeitsbericht 2005 der Abteilung Bauförderung und Wohnen  
Vorlage: VO/0886/06**



Der Ausschuss dankt der Verwaltung ausdrücklich für den informativen Bericht.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 18.10.2006:

Der Arbeitsbericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

---

**8 Beschleunigung von Bauanträgen**  
**Vorlage: VO/0953/06**

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 18.10.2006:

Der Bericht der Verwaltung wird entgegengenommen

---

**9 Sicherung des Geländes der GOH Kaserne für Gewerbe**  
**Vorlage: VO/0993/06**

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 18.10.2006:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Eigentümer die gewerbliche Nutzung des Geländes der ehemaligen GOH-Kaserne zu sichern, in dem die wilde Ausbreitung von Pflanzen und Tieren auf dem Gelände durch umfangreiche Rodungs- und Aufräumarbeiten verhindert wird.

Einstimmigkeit

Jürgen Hardt  
Vorsitzender

Petra Paßmann  
Schriftführerin